

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel Kasse Nr. 20.
Kasse Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gräb.

Postkontos: Dresden 1530
Klasse Riesa Nr. 52.

Nr. 272.

Dienstag, 22. November 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 6.— Mark ohne Postgebühr. Einzelnummer 20 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Schreibweise (7 Spalten) 150 Mark, Preis für 125 Mark; getraubener und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachwehungs- und Vermittlungsgebühr 10 Pf. Rechte Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Neuwahl der Vertrauens- und Erzkämmer

gemäß § 145 N. des Versicherungsgesetzes für Angehörige in dem den Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain umfassenden Wahlkreis.

Die Wahl wird von Sonntag, den 18. Dezember 1921 auf Sonntag, den 8. Januar 1922 von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags vor sich gehen.

Die Wahlvorschläge sind bis spätestens 8 Wochen vor dem Wahltag bei dem Wahlleiter Regierungskassator Damppe, Amtshauptmannschaft, einzureichen.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung vom 12. November 1921 — Radeburger Anzeiger Nr. 184 vom 13. November 1921 — verwiesen.

Großenhain, am 19. November 1921. 1456 f. Z.
Die Amtshauptmannschaft.

Gemäß Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 20. Oktober 1921 werden hiermit für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain umfassen Wahlkreis Ober-Witzsch, Werbitz, Medingen, Ermendorf, Volkersdorf, Steinbach bezeichnet.

Gemäß § 7 der Verordnung über die Bekämpfung der Beschältsuche bei Pferden vom 20. Oktober 1921 — Blatt 247 des Sächsischen Gesetzblattes — sind folgende Bestimmungen innerhalb des Sperrgebietes zu beachten:

- Stuten dürfen nur dann zur Begattung zugelassen werden, wenn ihr Besitzer dem Hengsthalter eine bescheinigte Bescheinigung vorlegt, aus der hervorgeht, daß die Stute nach dem klinischen Befund und dem Ergebnisse der Blutuntersuchung als unbeschädigt anzusehen ist.
- Hengste im Alter von mehr als einem Jahre und Stuten im Alter von mehr als zwei Jahren dürfen nur mit Genehmigung der für die Standorte zuständigen Amtshauptmannschaft aus dem Sperrgebiet ausgeführt werden. Die Genehmigung darf nur auf Grund einer bescheinigten Bescheinigung über die Unbeschädigkeit der Pferde erteilt werden. Die Amtshauptmannschaft hat die für den Be-

stimmungsort zuständige Verwaltungsbehörde von dem bevorstehenden Eintreffen der Pferde und von dem Sachverhalt rechtzeitig zu benachrichtigen. Bei Verlobung von Hengsten und Stuten auf Eisenbahnstationen im Sperrgebiet ist die schriftliche Genehmigung der Amtshauptmannschaft und die bescheinigte Bescheinigung über die Unbeschädigkeit der Pferde dem Vorstand der Verlobungsstation vorzulegen.

a) Die Genehmigung unter b ist auch dann erforderlich, wenn Stuten solchen Hengsten ausgeführt werden sollen, die außerhalb des Sperrgebietes stehen.

Wegen der bescheinigten Bescheinigung sämtlicher Stuten im Sperrgebiete ergeht weitere Anordnung.

Großenhain, am 21. November 1921.

1745 a. E. I.

Die Amtshauptmannschaft.

Ehemalige Kriegsgefangene,

die noch Anträge auf nachträgliche Gewährung von Löhnungsbeiträgen und Entschädigung für verloren gegangene Sachen stellen wollen, haben dies spätestens bis 30. November 1921 beim unterzeichneten Hilfsauschuß zu tun unter Benutzung eines daselbst zu entnehmenden Vordruckes.

Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Riesa, den 22. November 1921.

Hilfsauschuß beim Rate der Stadt Riesa.

Der 5. Nachtrag zum Statut der Unterstützung der in den Ruhestand versetzten Bezugsbedammen, betreffend die Zugehörigkeit des bisherigen Gutsbesitzers Werdorf zum Gebirgsbezirk, liegt von heute ab 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im hiesigen Gemeindeamt aus.

Reida bei Riesa, am 21. November 1921.

Der Vorsitzende des 26. Gebirgsbezirks.

Gemeindevorstand Schönefeld.

Stinnes.

Wer ist der Mann, der jetzt in London, von niemandem beachtet, aber sicher von Plänen weitreichenden Umfangs durchlebt, Verhandlungen anknüpft, auf die die Augen der ganzen Welt gerichtet sind? In aller Ruhe ist der Name, aber in wenigen nur ist eine klare Vorstellung über Wesen und Bedeutung seines Trägers. Von der Berliner Post und dem „Süddeutschen“ schwankt sein Charakterbild in der Zeitgeschichte, und die Fäden, die von dieser Persönlichkeit nach allen Bezirken des deutschen Wirtschaftslebens und weit über seine Grenzen hinaus auch ins Ausland reichen, sind so verstrickt und sind zum Teil so unklar, daß alle Begriffe, die sich an diesen Namen ranken, Gefahr laufen, mit fast mythologischen Inhalten sich zu erfüllen.

Stinnes ist die Amerikanisierung unserer Wirtschaft, der schärfste Exponent jener Entwicklung, die mit eherner Sicherheit zu immer gewaltigerer Konzentration der gesamten Wirtschaftskraft in den Händen einiger weniger führender Köpfe und Vermögen hinstreben scheint. Mit 50000 Mark gründete Hugo Stinnes seine erste Gesellschaft. Es war eine Rhein-Schleppschiffahrts-Gesellschaft, die sich, wie schon vorher die Familie Stinnes, hauptsächlich mit der Kohlenverfrachtung befaßte. Und ebenso wie das Familienvermögen gelangte auch er vom Kohlentransport sehr bald zur Kohlenproduktion, kaufte Jede nach Jede auf und entwickelte sein Unternehmen schon vor dem Krieg zu einem der bedeutendsten Bergwerksunternehmen Rheinlands-Westfalens. Von der Kohle schritt er zum Eisen vorwärts. Er schickte sich die Aktienmehrheit der Deutsch-luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft, die neben der Gewinnung des Kohlerzes auch seine Verhüttung und Weiterverarbeitung in Gieß- und Walzwerken besorgte. Daneben erfolgte die Weiterentwicklung der Verlehrsunternehmen, die schon vor 1914 zur Gründung einer eigenen See-Schiffahrtsgesellschaft führten. Gleichzeitig kreierte er seine Arme nach der Elektrizitätsindustrie aus und gründete die Rheinisch-westfälische Elektrizitäts-Gesellschaft, deren Kraftzeugung heute fast ganz Rheinland-Westfalen mit elektrischem Strom versieht. Der Krieg brachte all diesen Unternehmen einen unerhörten Aufschwung. Und wenn nach dem Zusammenbruch ein Teil der Kohlenlager und Hüttenwerke, die in Lothringen und Luxemburg lagen, verloren gingen, so hemmte auch das nicht die gewaltige Ausdehnung der Gesamtunternehmung. Die große Fusion mit Westfälischen wurde vollzogen und damit ein Wirtschaftsführer von den Ausmaßen Emil Krupp's den Stinneskonglomerat unterworfen. In der Elektroindustrie folgte die Anlagerung des riesigen Siemens-Schuckert-Konzerns, aus den Wälzern, die zur Gewinnung eigenen Rohstoffes aufgefressen worden waren, entwickelten sich Zellulose- und Papierfabriken, diesen wurden eigene Zeitungsunternehmen aufgesetzt, während im Verlehrsverkehr die Gründung einer neuen Großschiffahrtsgesellschaft sich vollzog, die ihre Ausläufer wiederum in einer großen Hotelbetriebsgesellschaft fand.

Heute steht der Stinnesblock, obwohl noch immer in fortgesetzter Ausdehnung begriffen, als der einzige absolut in sich geschlossene deutsche Wirtschaftskreis da, — ein Unternehmen, das seine eigenen Rohstoffe bis in die feinsten Stufen selbst weiter verarbeitet und verbreitet und das für alle Produkte, zu deren Herstellung es sich veranlagt sieht, sich selbst die dazu notwendigen Rohstoffe- und Halbfabrikatgrundlagen schafft. Die Macht des eigentlichen Herrs dieses Blocks, die Macht Stinnes' selbst, wird nach der Weltweite hin sicher oftmals überschätzt. Ob Stinnes selbst ein Milliardenvermögen besitzt, ist fraglich. Aber sicher ist, daß er Milliarden bedient, mittels jenes Finanzinteressensystems, das aus den Amerikaner gelernt haben, ein System, in dem es für den Herrschenden nur notwendig ist, einen gewissen Bruchteil jenes Aktionärskapitals in seinen Händen zu halten, während der Rest von der großen Masse des tributären und rentenbeziehenden, aber zu keiner Mitentscheidung mehr befähigten großen Publikums beherrscht wird. So hängt von den Entschlüssen dieses Mannes nicht nur das Schicksal der Unternehmen selbst ab, sondern auch das Schicksal tausender

von Aktionären und Spekulant, das Schicksal ganzer Berufsstände, in denen er sich monopolartige Stellungen gesichert, und das Schicksal Hunderttausender, ja vielleicht Millionen Arbeiter.

Als eine Wirtschaftsmacht und Wirtschaftspazität von fast beispielloser Stärke tritt Hugo Stinnes in London den Inhabern gegenüber, mit denen er sich Verhandlungen vorgeht. Entwirrt dieser Fähigkeit auf dem wirtschaftlichen auch eine gleichartige Fähigkeit auf dem politischen Gebiet? Wir haben noch keine Beweise dafür. Hugo Stinnes, dessen kaufmännischer Blick über alle Zweifel erhaben ist, hat politisch zweifellos oft geirrt. Es scheint, daß er allzu sehr gewohnt ist, als Macht aufzutreten, als daß es ihm gelingen könnte, die gerade Linie seines Verfahrens in die krause Ornamentik der Diplomatie umzubiegen. Auch scheint ihm oftmals der Sinn für das Psychologische, der in der Politik so oft enthalten ist, abzugehen. Das hat in Spa zu so heftigen Widerständen gegen ihn geführt und das nimmt ihm auch innerpolitisch so viel von dem Kredit, den er durch seine Bedeutung für Deutschlands Wirtschaft wie auch durch sein persönliches Verhalten seinen Arbeitern und Angestellten gegenüber sonst sicher verdient. Daneben mag er manchen der Engländer, mit denen er es jetzt zu tun hat, als Konkurrent oder als Exponent der konkurrierenden deutschen Gesamtwirtschaft unsumpftisch sein und auch dies mag seine Stellung noch mehr erschweren. Es ist also sicher keine Triumphfahrt, die Hugo Stinnes jetzt angetreten hat. Aber dieser Mann, wiewohl er in manchen Dingen irrt, weiß im allgemeinen doch sehr genau, was er tut. Wenn er nach London gefahren ist, so werden wohl Gründe bestehen, die ihm einen Erfolg dieser Fahrt als möglich erscheinen lassen.

Sturmzeichen.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß die groteske Hungerkomoedie in Lichtenburg zeitlich mit den Lebensmittelkrawallen in Berlin zusammenfällt. Die kommunistischen Drahtzieher gebrauchen einmal wieder eine „Aktion“, und dabei ist man diesmal auf die Idee verfallen, eine Reihe von Verbrechen, die im Justizhaus von Lichtenburg ihre Strafen verbüßen, zu Märtyrern zu machen und mit ihrer Hilfe die Arbeiterklasse aufzurufen. Feurung und allgemeines Verdroß der politischen Lage bilden für die Aktion einen wirkungsvollen Hintergrund.

So ist denn die Generalstreikbewegung wieder einmal im besten Gange. In Halle haben Demonstrationen stattgefunden, bei denen zu einer „Erhebung des Proletariats“ zur Befreiung der Lichtenburger Gefangenen aufgerufen wurde, die Arbeiterklasse einer ganzen Reihe von Berliner Betrieben hat den Hungernden ihre „Sympathie“ ausgedrückt, die „Freiheit“ melbet „Sturmzeichen“, und ein am Sonntag erscheinender Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ruft die Arbeiter zur Bereitschaft: „Die Entschwedung fällt nach vor Weihnachten“.

Die Mehrheitssozialdemokratie hat sich in der Angelegenheit fest hinter den Minister Radebruch gestellt, dessen Radegeben die Staatsautorität auf das schwerste erschüttern müßte. Der „Vorwärts“ schreibt sogar unumwunden, daß die Doppelrolle der Kommunistischen Partei die Schuld an dem Unglück der Lichtenburger Gefangenen trage und daß es dieser Partei schlecht antuende, mit diesem Unglück politische Geschäfte machen zu wollen.

Und um was handelt es sich eigentlich? Die Lichtenburger Gefangenen sind keineswegs wegen politischer Vergehen inhaftiert. Sie sind ausnahmslos gemeine Verbrecher aus den Marsrundern in Mitteldeutschland. Für die Herren Kommunisten, die ja das Verbrechen als eins ihrer wichtigsten Kampfmittel ansehen, mag allerdings kein Unterschied zwischen politischen Gefangenen und solchen bestehen, die wegen krimineller Delikte eine Strafe verbüßen. Es steht aber fest, daß die Strafen an Grund ordnungsmäßiger Urteile verhängt worden sind, und jeder, der den kommunistischen Wäntchen auch nur um eines halbes Breites nachgibt, schädigt auf das empfindlichste die Achtung von unserer Rechtspflege.

Vielleicht besteht in dem einen oder anderen Falle, wo

es sich erwiesenermaßen um Mittläufer aus Dummheit, Verblendung oder ähnlichen Motiven handelt, die Möglichkeit, Gnade walten zu lassen. Grundsätzlich darf aber, wenn der Staat überhaupt als solcher Existenzberechtigung haben soll, niemals auch nur ein Gefangener unter dem Zwange irgend einer Drohung freigelassen werden. In Lichtenburg hat das Wittenburger Beispiel bereits Nachahmer gefunden, und bald werden wir in allen deutschen Gefängnissen und Justizhäusern, in denen kommunistische Aufrührer und Brandstifter untergebracht sind, vor derselben Erscheinung stehen.

Allem Anscheine nach haben wir vor einem Winter, der uns schwerer bringen wird, ohne Wirren wird es bei der bestehenden Feuerung kaum abgehen. Wenn man erst anfängt, zu „expropriieren“, dann ist auch das Unvermögen nicht mehr weit. Trotz allem wird es aber dem Kommunismus nicht gelingen, den Zusammenbruch des Staates herbeizuführen. Der größte Teil der Arbeiterklasse, mag er auch im Augenblicke von der wahren kommunistischen Propaganda geblendet sein, wird sich im entscheidenden Augenblicke des russischen Beispiels entziehen und die Vernunft bewahren. Wir haben wirklich Sorgen genug, und man sollte bedenken, daß uns jeder Tag eines etwaigen Generalstreiks riesenhafte Summen kostet. Über glaubt man, daß unsere Gegner einen „kommunistischen“ Deutschland gegenüber von ihren Forderungen ableben oder sie auch nur ermäßigen würden? Der Kampf, den man da wieder propagiert, wird, wenn er ausbrechen sollte, wieder Ströme von Arbeiterblut kosten, man wird aber ebensowenig Erfolg haben, wie überall dort, wo man ihn bisher gemacht hat.

Die Wändlungen in Berlin. Gestern vormittag sammelten sich mehrere hundert Mann Arbeiter in der Rosenthaler Straße in Berlin vor dem Warenhaus von Wertheim an, so daß sich die Geschäftsleitung veranlaßt sah, die Türen zu schließen und die Stollen herabzulassen. Die Demonstranten zogen darauf weiter und hielten in den Sophienböden eine Versammlung ab. Am Nachmittag zog ein Trupp von Alexanderplatz durch die Königsstraße, zertrümmerte eine Schaufensterheide der Konditorei Gumpert, rief die Auslagen aus dem Fenster und lief davon. Auch die Schaufensterauslagen eines in demselben Hause befindlichen Herrenartikelgeschäfts wurden geraubt. Einer der Täter wurde festgenommen. Die Menge zog weiter nach der Gertraudenstraße und plünderte dort ein Herrengarderobegeschäft. Eine Anzahl der Wändlerer kleidete sich in diesem Geschäft neu ein. Die Polizei konnte etwa 40 Wändlerer, gegen die das Publikum eine drohende Haltung einnahm, festnehmen. Die Verhafteten wurden in einen Polizeiauto nach dem Polizeipräsidium gebracht. — Wie die Blätter melden, ist die Reichsregierung gewillt, durch positive Maßnahmen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Massen zu verbessern, um ihnen über den schweren Winter hinwegzuhelfen. Die Reichsregierung werde jedoch nicht dulden, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch Gewalttaten, wie die kürzliche Wändlung von Vertauschgeschäften gestört werde. Sie werde allen darauf abzielenden Bestrebungen mit größtem Nachdruck entgegenzutreten. — Die gestrigen Wändlungen in Berlin ereigneten sich im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung. Wie politische Feststellungen ergeben haben, sind die Wändlungen durch Leute veranlaßt worden, die seit langem im Gegenlag zur organisierten Arbeiterklasse stehen. Es handelt sich um dieselben Personen, die vor einigen Wochen die Arbeitslosen zum gewalttätigen Vorgehen gegen den städtischen Arbeitsnachweis aufgehetzt hatten. Der Hauptbeteiligte, der ehemalige Steinweg Leo Wichtmann, ist bereits vor einigen Tagen festgenommen worden. Er wird dem Gericht wegen Landfriedensbruchs vorgeführt werden. Polizeiliche Fahndungen nach weiteren Drahtziehern der Wändlerbewegung sind im Gange.

Wändlungen in Neustädten. In den Abendstunden des Montags plünderten halbwüchsige Burden ein Schuhwarengeschäft gegenüber dem Rathaus zu Neustädten. Sie zertrümmerten die beiden großen Schaufensterheiden und räumten die ausgestellten Schuhwaren.

Verbot von Umsägen in Berlin. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, wird aus Anlaß der jüngsten Ausschreitungen der Berliner Polizeipräsident noch im Laufe des heutigen

Dienstag ein Verbot von Umzügen erlassen. Die Verwaltung hierzu ist um so dringender, als sich die Einzelnen dafür mehr, doch Ausstellungen und Konflikte zu parteipolitischen Zwecken in Szene gesetzt werden.

Die Rede Briands in Washington.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Washington: In der letzten Vollversammlung der Konferenz erklärte Staatssekretär Quades zur Frage der Entwaffnung zu Lande, für die Vereinigten Staaten werde die Frage nicht gestellt, denn sie hätten, nachdem sie bei Abschluss des Krieges 4200000 Mann unter Waffen gehalten hätten, zurzeit nur 160000 Mann reguläre Streitkräfte. Die Vereinigten Staaten legten sich aber die Pflicht ab, von den Schwierigkeiten und den Ansichten anderer Länder und seien bereit, sich vor jeder Rücksicht auf die nationale Sicherheit zu hängen.

Darauf erklärte Briand, um Frieden zu schließen, müsse man zu zweien sein; man müsse den Nachbarn betrachten. Die Entwaffnung müsse nicht nur materiell, sondern auch moralisch erfolgen, und er hoffe, beweisen zu können, daß in dem Europa, wie es augenblicklich sei, noch ernste Bewehrungselemente vorhanden seien. Es beständen noch Verhältnisse, die Frankreich verpflichteten, sie im Interesse seiner Sicherheit in Betracht zu ziehen. Er gebe zu, daß ein amerikanischer Staatsbürger sage: Der Krieg ist gewonnen, der Frieden unterzeichnet; Deutschland ist mit einem stark verminderten Heere besetzt, sein Kriegsmaterial ist vernichtet. Warum behält Frankreich eine beträchtliche Armee, was verhindert, daß der Friede in Europa eintritt? Viele vermuteten, von Hintergedanken Frankreichs zu sprechen, es wolle eine Art militärischer Hegemonie aufbringen, sich an die Stelle des alten imperialistischen Deutschlands setzen. Das sei der grausamste Vorwurf, den man Frankreich machen könne. Wenn es ein Land gebe, das mit allen seinen Kräften und mit seinem Willen den Frieden wolle, so sei es Frankreich. Ein ganzes Jahr hindurch habe Deutschland über seine Verpflichtungen diskutiert und sich geweiht, für den Wiederaufbau zu zahlen und zu erwählen. Frankreich sei aber fast geblieben, es habe nichts unternommen wollen, was die Lage erschwerte hätte, habe keinen Haß im Herzen und werde alles tun, damit zwischen Deutschland und ihm die Reihe der blutigen Konflikte beendet werde. Er wolle nicht ungerecht sein: Es gebe ein Deutschland, das aus Männern bestehe, die im Frieden demokratische Einrichtungen aufbauen wollten. Man werde alles tun, um diesen Deutschen zu helfen. Aber es gebe noch ein anderes Deutschland, das durch den Krieg nichts gelernt habe und das seine schlechten Absichten von vor dem Kriege beibehalte. Keiner dürfe sich über den Staatsstreich täuschen; wäre er gelungen, dann wäre das alte Deutschland wieder erstanden. Man dürfe den Wert der deutschen Soldaten nicht unterschätzen; die französischen Soldaten wüßten, mit welchem Selbstmut diese Soldaten zu kämpfen fähig seien. Steden Willonen, die aus dem Kriege hervorgegangen seien, seien vorhanden; es sei möglich, sie morgen zu mobilisieren. Die deutschen Volkseinkünfte und die Reichswehr seien als Adressen zu betrachten.

Diese helfen die Adressen für das Meer von morgen vor. Beschäftige sich diese Armee, wie der Vertrag sie verpflichte, einzig und allein mit Aufgaben der Polizei? Wenn, so behauptet Briand, alle geheimen Instruktionen des Kriegsministeriums sehten die Ausbildung für das Meer voraus. Nach dem Kriege habe Deutschland Einwohnern in solcher Zahl und mit solcher Bewaffnung unterhalten, daß es des Ultimatum von London bedürfte, um sie aufzulösen. Der bayerische Ministerpräsident habe jüngst sagen können, daß er eine Armee von 300000 Mann zur Verfügung habe mit ausreichendem Kriegsmaterial. Gewiß, diese seien aufgelöst, und an der Spitze der Regierung befindet sich ein Mann, den er für aufrichtig und loyal halte. Das sei Dr. Wirth. Seine Anstrengungen, die unterzeichneten Verpflichtungen zu erfüllen, seien verdienstlich. Es handle sich aber um eine schwache Regierung. Frankreich werde alles tun, um ihre Aufgabe zu erleichtern.

Briand sprach alsdann von der Sicherheitspolizei, die aus 160000 Mann bestehe und einzig und allein aus Berufsoffizieren zusammengesetzt sei. Man verlangte ihre Auflösung, aber sofort sei die Schuttpolizei mit ihren Adressen gebildet worden. Deutschland habe insgesamt 260000 Mann zur Verfügung. Es sei thätig im Stande, den Krieg wieder zu beginnen. Aber noch mehr. Diese 7 Millionen Bürger, die ins Zivilleben zurückgekehrt sind, seien in Organisationen oder Vereinen ehemaliger Kriegsteilnehmer gruppiert, die bei jeder Gelegenheit sich zu Festen und Jubiläen versammelten. Die Franzosen wüßten das alles. Als die oberste Anweisung einetn bedrohlichen Charakter angenommen habe, bildeten sich in wenigen Tagen Freikorps zu 40000 Mann mit Gewehren, Kanonen, Maschinengewehren und Panzersägen. Das seien nachgeprüfte Tatsachen. Er wende sich an das große amerikanische Volk, das für Gerechtigkeit so empfänglich sei und sage ihm: Sehe voraus, daß du eine Nation an deiner Seite hast, die im Laufe deiner Geschichte zahlreiche blutige Konflikte mit dir gehabt hat und in ihren Absichten beherzt. Was wirst du tun? Wirst du die Augen vor einer solchen Gefahr verschließen? Briand fuhr fort: Aber man sage, so liege die Gefahr nicht. Denn Deutschland habe kein Material mehr. Gewiß! Die Kontrollkommission habe vieles getan. Man habe aber während des Krieges gesehen, mit welcher Geschwindigkeit ungeheure Heere gebildet und mit Material ausgerüstet worden sind. Deutschland habe eine große Industrie. Seine Industrie habe während des Krieges voll gearbeitet und ist seitdem hoch entwickelt. In Deutschland sei noch alles vorhanden, um Kanonen, Maschinengewehre und Gewehre zu fabrizieren. Während einer gewissen diplomatischen Lage, die man nach Wunsch um einige Wochen verlängern könne, könnten die Deutschen sich wieder in den Stand setzen, Kriegsmaterial herzustellen. Man könne auch Kriegsmaterial im Ausland kaufen. Schiffe könne man nicht, ohne daß es die Welt erfährt, in den Werften herstellen, wohl aber Flinten, Maschinengewehre und Kanonen über ganz Deutschland verteilen. Wer könne das kontrollieren? Briand erinnerte schließlich an die Napoleonische Zeit.

Nach Briand ergriff Wilson das Wort und erklärte, daß die freiwillige Erklärung Briands über die Demurrungen und Befürchtungen Frankreichs von allen Mitgliedern der Konferenz voll gewürdigt würden. England und die Vereinigten Staaten befänden sich infolge ihrer geographischen Lage fern von Schwierigkeiten und Gefahren, denen Frankreich ausgesetzt sei. Balfour erkannte mit Trauer, daß die Rede, die Briand hielt, augenblicklich keinen ermutigenden Ausblick auf die Lösung der Frage der militärischen Abrüstungen gebe aber die Beweggründe, die augenblicklich Frankreich besetzten, seien die, welche Großbritannien kämpfte. Briand besähe, Frankreich könne sich moralisch isoliert fühlen. Das wäre eine tragische Freiheit. Die Welt im allgemeinen und Frankreich im besonderen müsse aufrechterhalten

sein, was nach vorläufiger Vollziehung der Frankreich veranlaßten Nationen über gestellt werden.

Der italienische Delegierte Schanzer teilte mit, daß zwar Italien der Ansicht sei, daß ein Effektbestand von 200000 Mann für die italienische Armee notwendig sei, werde die italienische Regierung die Frage einer neuen Abrüstung prüfen.

Admiral Kato erklärte für Japan, Japan wolle für sein Heer nur die für die Staatsverteidigung durchaus notwendigen Effektbestände.

Der belgische Botschafter Sartor de Boga liene sprach von der Verteilung der belgischen Neutralität. Gezwungen, über seine Sicherheit zu wachen, schloß Belgien im Jahre 1920 mit Frankreich ein neues Defensivabkommen gegen einen deutschen Angriff ab. Es könne seine Bewaffnung nicht weiter herabsetzen, jedoch sei kein Staat mehr gegen den Krieg eingenommen, worunter er selbst litt, als Belgien.

Ducloux dankte schließlich Briand, so beredt und vollkommen die Stellung und die Politik Frankreichs definiert zu haben. Das Herz Amerikas habe gestirnt, als es während des Krieges den Schmerz Frankreichs und seine Opfer gesehen habe. Die Erinnerung an seinen Widerstand für die Sache der Freiheit werde in Amerika unauslöschlich bleiben. Die Worte Briands würden von einem Ende zum anderen der amerikanischen Staaten widerhallen und würden begreifen lassen, daß wenn es auch noch Schwierigkeiten und Hindernisse auf dem Wege des ewigen Friedens gäbe, Frankreich dennoch den Willen habe, ihn zu erreichen.

Schließlich überwies die Konferenz die Frage der Abrüstung zu Lande der Kommission der Delegierten der fünf Großmächte, die sich schon mit der Frage der Seeabrüstung beschäftigt.

Die "Associated Press" erzählt aus Washington, daß die obdienten Instanzen Großbritanniens die in dem amerikanischen Plan vorgeschlagene Verringerung der Seerüstungen ohne Vorbehalt angenommen hätten. "Daily Express" meldet aus Washington: Die Flottenbauprogramme für Frankreich und Italien für Großkampfschiffe werden wahrscheinlich auf je 200000 Tonnen festgesetzt werden. Die Zustimmung Italiens dürfte sicher sein, die Frankreichs wahrscheinlich. "Daily Telegraph" berichtet, daß Staatssekretär Quades, wie verlautet, in einer Unterredung mit Admiral Kato ein wesentliches Zugeständnis zu den japanischen Forderungen des höheren Prozentages in der Flottenrüstung gemacht habe.

Die Ergebnisse der Mission der Reparationskommission.

Wie der "Temps" mitteilt, sollte die französische Delegation und der Vorsteher der Reparationskommission, Louis Dubois, gestern nachmittags von Aachen und dem zeitweiligen Ministerpräsidenten Bonn: bay empfangen werden. Er werde ihnen die Ergebnisse der Mission der Reparationskommission in Berlin auseinandersetzen. Der "Temps" glaubt zu wissen, daß entgegen anderen Nachrichten die Mitglieder der Reparationskommission darüber einig gewesen seien, von Deutschland die Regelung der nächstfolgenden beiden Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar in vollem Umlauf und zum festgesetzten Tage zu verlangen. Jede Diskussion mit der deutschen Regierung darüber und die Möglichkeit einer Revision des Zahlungsplans nach Ablauf der beiden Fälligkeitstage sei abgelehnt worden. Unter den Mitgliedern der Kommission habe es gewisse Meinungsverschiedenheiten über das einschlagende Verfahren gegeben; aber über die Sache selbst habe es so wenig Meinungsverschiedenheiten gegeben, wie über die Prinzipien. Nachdem — so schließt der "Temps" — die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Beträge geklärt seien, werde die deutsche Regierung mehr Zeit haben, über langfristige Anleihen im Ausland zu verhandeln und die deutschen Finanzen zu sanieren.

Tagessgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Regimentsvereine im besetzten Gebiet verboten. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Rheinlandkommission hat laut Schreiben vom 19. d. Mts. beschlossen, im besetzten Gebiet die lokalen Regimentsvereine zu verbieten, weil sie die Sicherheit gefährden, und ordnet ihre Auflösung an.

General Rollet in den Deutschen Werken. Seitern vormittag 9 Uhr erschien, wie aus Berlin gemeldet wird, General Rollet in Begleitung seines Stabes in den Deutschen Werken, um sich persönlich zu orientieren. Die Vorstände beider Werke im Verein mit einem Vertreter des Zentralbetriebsrates gaben Herrn Rollet und seinen Begleitern Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die von den Deutschen Werken erforderten Beschlüsse in allen Teilen voll berechtigt sind. Herr Rollet erklärte zum Schluß, daß er irgend eine Entscheidung nicht treffen könne, sondern daß hierzu allein der Vorkommissar ermächtigt sei. — Seitern nachmittags verhandelte Ministerialrat Dr. Schäfer vom Reichsfinanzamt und Dr. Funke von den Deutschen Werken in Spandau, die als Sachverständige in der Frage der Deutschen Werke nach Paris entsandt worden sind, mit den militärischen Sachverständigen der Internationalen Kommission von Versailles. Eine Reihe technischer Fragen wurde von den deutschen Vertretern ausführlich beantwortet. Die Versailleser Kommission wird über die Unterredung an die Vorkommissarkonferenz berichten, die danach ihre Entscheidung treffen wird. Die deutschen Sachverständigen traten gestern die Rückreise von Paris nach Berlin an. — Der "Deutschen Arbeiter" zufolge ist gestern die Delegation der Deutscher Arbeiterkongress in München eingetroffen, um die dortigen Deutschen Werke zu besichtigen. Die Spandauer Betriebe wurden gestern von einer Anzahl ausländischer Werkvertreter besichtigt.

Zeitungsverbot. Die "Schwäbische Tagesschau" ist, wie aus Stuttgart gemeldet wird, wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung auf die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Gelegentliches Valutageschicks. Die "A. Z." am Mittag meldet: Die Polizei hob die Bank von Schappel in der Grenzdierstraße aus, wo allerhand ausländische Valutageschäfte betrieben. In verschiedenen Vertiefungen wurden Bündel deutscher und ausländischer Geldscheine, im ganzen über 8 Millionen Mark, aufgefunden und beschlagnahmt. Von den Festgenommenen, worunter sich 21 als lästige Ausländer bereits ausgewiesen befinden, wurden 80 in Haft behalten.

Steinwald in Amsterdam. Auf Veranlassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes reist der Ministerpräsident A. D. Steinwald nach Amsterdam, um dort in einer großen öffentlichen Versammlung über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands zu sprechen. Die Veranstaltung ist als eine Gegenaktion gegen die französische Propaganda gedacht, die sich in letzter Zeit in Holland besonders stark breit macht und erst kürzlich in einer Rede des Reichshaus Hof ihren Ausdruck gefunden hat. Der Reinerting des Vortrages ist für Oppau bestimmt.

Der kommunistische Hungerstreik in Lichtenburg. Das sozialdemokratische Mitglied des Reichstagsauschusses zur Untersuchung der Vorgänge in Lichtenburg, der Frau Brotsch, untersuchte die politischen Gefangenen, welche die Nahrungsaufnahme verweigert hatten. Er hat, wie der "Vorwärts" erklärt, festgestellt, daß verhältnismäßig wenig

Verhungert sind, was die politische Lage bei den Gefangenen eingetreten sind. Grundsätzlich sei niemand von den Hungerstreikern über die heftige Leidenschaft geklagt. Ein Teil habe mehrere Verurteilungen erlitten, die teilweise durch den Hungerstreik aufgehoben worden. Als die Mitglieder des Ausschusses die Anstalt verließen, habe festgestellt werden können, daß nur 50 Gefangene nicht gestrichelt hätten. Es sei festgestellt worden, daß die Nahrungsaufnahme unter ärztlicher Überwachung vor sich geht. Die Gefangenen hätten mehrmals erklärt, daß sie weder gegen den Leiter der Anstalt noch gegen das Aufsichtspersonal Klagen zu führen hätten. — Die 180 politischen Gefangenen in Lichtenburg, die zum Hungerstreik übergegangen waren, sind in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zum Teil nach Wittenberg und zum Teil nach Zorge überführt worden. Der größere Teil der Gefangenen hat den Hungerstreik aufgegeben. 50 Häufchen leben ihn noch fort. In Wittenberg ist unter den dort weilenden politischen Gefangenen ein neuer Hungerstreik ausgebrochen. In Halle fand eine Demonstration von 1600 Personen statt, die eine Resolution auf Annäherung und Entlassung der politischen Gefangenen faßten. Heute soll diese Resolution von fünf Personen dem preussischen Minister des Innern überreicht werden. Eine Anzahl Organisationen, unter ihnen auch der Städtische Beamten-Vereinsrat, die Kantonskassenangehörigen und verschiedene Gewerkschaften in Halle haben am Montag telegraphisch den Reichsjustizminister Dr. Brüdermann aufgefordert, die sofortige Entlassung der Gefangenen in Lichtenburg zu veranlassen, widrigenfalls die Arbeiterschaft in Halle am heutigen Dienstag geschlossen in den Generalkrieg treten werde. Die Reichsdeutscher Arbeiterpartei in Halle wenden sich gegen einen Generalkrieg der Kommunisten. — Im Bezirk Halle-Verdeburg fanden am Sonntag achtzehn Versammlungen der Arbeiter statt, die ebenfalls die Entlassung der Gefangenen forderten.

7. März 1921.

Streik an der Börse. Seitern kam es an der Wiener Börse wegen des von der Regierung im Nationalrat eingebrachten Beschlusses, monatlich von den Börsenbesuchern eine monatliche Abgabe von 100 Schillingen erhoben wird, zu Unruhen. Vertreter von Börsenfachverbänden erklärten, jeden Geschäftsverkehr verhindern und streiken zu wollen. Am Schwarzen Brett der Börse wurde um 12 Uhr mitgeteilt, daß bis auf weiteres keine Börsenversammlungen stattfinden. Auch der Clearingverkehr blieb geschlossen. Die Banken und Firmen haben sich weiter verpflichtet, keine telephonischen Aufträge im Devisengeschäft anzunehmen. Das Streikkomitee der Börsenfachverbände hat zur Verhinderung jeglichen Privatverkehrs beschlossen, auch die Rasenbahnen zu überwachern.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 22. November 1921.

Der Schulausschuss erklärte sich in seiner gestrigen öffentlichen Sitzung zunächst damit einverstanden, daß an Stelle des erkrankten Herrn Schuldirektor Frische Herr Oberlehrer D o f m a n n als sein Stellvertreter zu den Sitzungen herangezogen werden soll. — Dem Rat soll empfohlen werden, Herrn Lehrer S o l l e die Übernahme des Organisationsdienstes in Verba bis auf Witterung zu genehmigen. — Die Kosten der feierlichen von den Elternräten einberufenen öffentlichen Vortragsammlung gegen den Entwurf eines Reichsschulgesetzes sollen ausnahmsweise auf die Schulkasse übernommen werden. — Bis Ende des Schuljahres hat eine vollständige Anpassung unserer Ortschulordnung an das neue Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden zu erfolgen. Wesentliche Veränderungen kommen für uns nicht in Frage. Um ein ruhiges Weiterarbeiten zu ermöglichen, soll ein O. Nachtrag zur Ortschulordnung erlassen werden, der bestimmt, daß der auf Grund des Übergangsschulgesetzes gebildete Schulausschuss bis zum Ablauf der Amtsdauer der gegenwärtigen Mitglieder in der Zusammenziehung bestehen bleibt, die er beim Inkrafttreten des Gesetzes über die Aufhebung der Schulgemeinden vom 11. Juli 1921 hat. Auch im Vorhinein des Schulausschusses tritt eine Änderung nicht ein. — Von dem Gesetz über die Verteilung der persönlichen Schulkosten zwischen Staat und Schulbesitzern in den Rechnungsjahren 1920 und 21 nahm der Ausschuss Kenntnis. — Gelegentlich ist es sehr unzulässig, neben den Lehrern, Gehilfen noch Vergütungen für Nebenämter zu bezahlen, wenn nicht die obere Schulbehörde und das Finanzministerium Genehmigung hierzu erteilen. Die Stadt hält sich daher nicht für berechtigt, die Vergütungen für die Leitung der Fortbildungsschulen, die Vertretungen der Schulleiter und die Verwaltung der Schulärzten und der Vermittel weiter auszusparen, bevor nicht das Kultusministerium zugestimmt hat. Der Ausschuss nahm Kenntnis von dem Stande der Angelegenheit und beschloß, daß die Auszahlung der Beträge bis zum Eingang der Genehmigung des Ministeriums stillert werden soll. Der Vorstehende soll in dieser Angelegenheit nochmals mit dem Ministerium verhandeln. — In der ministeriellen Verordnung über die Fortbildungsschulen sind die in den Volks- und Fortbildungsschulen tätigen Kollegen festgesetzt gleichmäßig Höhe von 400 Mk. ab 1. Oktober 1921 nicht mehr gezahlt werden, sondern die vom Ministerium verordneten 360 Mk. für 400 Mk. für Fortbildungsschullehrer und 360 Mk. für Volksschullehrer betragen. Wegen der zwei gezahlten Beträge soll den städtischen Kollegen empfohlen werden, von einer Einhebung derselben abzusehen. Es wurde jedoch ein Antrag Wüthers angenommen, daß verjährt werden soll, für die Weiterzahlung des von der Stadt bisher gewährten gleichmäßigen Gehalts von 400 Mk. die Genehmigung des Ministeriums zu erlangen. — Es lag ferner vor der Entwurf eines 8. Nachtrages zur Ortschulordnung, der bestimmt, daß der Bezirkslehre ausgleich die Geschäfte eines städtischen Schulrates übertragen erhält, und der außerdem auch die Lehrerversammlung und den Lehrerrat behandelt. Die längere Beratung ergab mehrere Änderungen, mit denen der Entwurf angenommen wurde. Infolge der vorgeschlagenen Änderungen wurde die Sitzung abgebrochen.

Öffentl. Schulausschulung. Morgen Mittwoch nachmittag 3 Uhr wird im Rathsausschulungssaal eine öffentliche Schulausschulung gehalten.

Vom Landtage. Dem Landtage ist eine Regierungsvorlage zugegangen betr. die Bewilligung eines Berechnungsgeldes bis zu 50 Millionen W. für Zwecke der Kartellverwertung. Die Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben eine Anfrage an die Regierung gerichtet wegen der durch die Entwertung der deutschen Mark verursachten Verteuerung der böhmischen Kohlen. Die Abgeordneten Art und Sen. Sozialdemokraten, fragen an, welche Schritte die Regierung unternommen habe, um der sich zu einer Katastrophe auswachsenden Notlage der sächsischen Gemeinden zu steuern. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt die Bewilligung eines Entzuges eines neuen Staatsbankrott und Richterdienstgesetzes.

Künstlerische Schandakts. Um freimüthig verbrannten Gerichten entgegenzutreten ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Entwürfe zu den Vorstellungen der K. S. nicht autorisativ sind. Es sind von allen Bühnen noch freie Plätze zu haben und werden auch Mitglieder an beiden Theatern und zu allen Bühnen noch bis Mittwoch, den 22. November, mittags 1 Uhr ausgeben. Nach für den Abendverkauf werden von allen Bühnen noch gute Plätze vorhanden sein.

Das Geheimnis

als Hauptvermittler und Hauptvermittlerin, wie Krieger, Tamm, Böhme, Krieger, Fickel, Pöhl, Pöhl u. a. v. zu verstehen, damit in München Verhandlungen mit der letzten Kaiserin stattfinden können. —
Krieger, Tamm, Böhme, Krieger, Fickel, Pöhl, Pöhl u. a. v. zu verstehen, damit in München Verhandlungen mit der letzten Kaiserin stattfinden können. —
Krieger, Tamm, Böhme, Krieger, Fickel, Pöhl, Pöhl u. a. v. zu verstehen, damit in München Verhandlungen mit der letzten Kaiserin stattfinden können. —

